

Albion Revisited

Zur aktuellen Situation der deutsch-englischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik

| RÜDIGER GÖRNER | **Der Brexit, der Europa über viele Jahre in Atem gehalten hat, ist keineswegs Geschichte. Seine Folgen bestimmen die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Europäischen Union weiterhin in großem Umfang. Wie steht es dabei um die Wissenschaft und die Hochschulen? Eine schonungslose Analyse eines hartnäckigen Themas.**

Auch wenn einem der Brexit wie so manches andere Thema ‚über‘ ist mittlerweile, es verfügt über ein peinliches Beharrungsvermögen; denn in mancher Hinsicht haben die diesbezüglichen Probleme ja erst begonnen, womit ich jetzt nicht die Abwanderung von kontinentaleuropäischen Pflegekräften, Handwerkern, und LKW-Fahrern, Versorgungsengpässe nebst geschlossenen Tankstellen meine, sondern die Folgen dieser verfehltesten Entwicklung in der britischen Politik seit der Suez-Krise für die akademische Arbeit. Allenthalben ist inzwischen die Forderung zu hören: Wir brauchen eine neue Wissenschaftsrealpolitik, um nach dem Brexit die Hochschullandschaft – vor allem zwischen den britischen und deutschen Universitäten nicht veröden zu lassen. Wir müssen die vermeintlichen ‚Tatsachen‘ anerkennen, die durch den Vollzug des Brexits geschaffen worden sind. Zwar sind die Beziehungen zwischen britischen und

deutschen Hochschulen traditionell intensiv, aber unter den Vorzeichen des Brexit drohen selbst die lange Zeit stabilen britisch-deutschen Hochschulbeziehungen zu erodieren und das vor allem deswegen, weil mit wachsendem Unbehagen erkennbarer denn je geworden ist, dass diese Beziehungen meist einer Einbahnstrasse gleichen,

»Wir befinden uns noch mitten in dem Ablösungsprozess, der schmerzlicher kaum sein könnte.«

weil sie in der Regel von deutschen Initiativen abhängen.

Keine „neue Normalität“

Nein, von einem *Nach-dem*-Brexit kann noch nicht wirklich die Rede sein; eher befinden wir uns noch mitten in diesem Ablösungsprozess, der schmerzlicher kaum sein könnte. Zur schlicht pragmatischen Tagesordnung lässt sich nach wie vor nicht einfach übergehen. Ohnedies haben wir in diesen Wochen und Monaten in Corona-Zusammenhängen peinlich viel von angeblicher „neuer Normalität“ gehört, die alles andere als eine solche ist. Was den Brexit angeht, so bleibt einstweilen der Befund: Zu viele Fragen sind nach wie vor ungeklärt, nicht gelöst durch den Austrittsvertrag, der ja bekanntlich den Bereich ‚Kultur‘ geradezu klinisch ausgespart hat. Allein die eklatanten Folgen des Austritts Britanniens aus dem Erasmus Plus-Programm illustrierten das Pro-

blem. Dass der Austrittsvertrag dies nicht vorab zu klären vermochte, bleibt ein Versagen vor einer essenziellen Notwendigkeit in der akademischen Zusammenarbeit zu Lasten der Studentenschaft. Wer nach noch mehr Problembereichen verlangt, dem mag das Stichwort „Nordirland und Brexit“ genügen.

Die aus universitärer Sicht eigentliche Kalamität, in der wir uns inmitten des Brexit-Prozesses befinden, besteht in der uns geradezu aufgezwungenen Bilateralisierung der Beziehungen der britischen und deutschen Hochschulen zueinander; man könnte sie auch das Auseinanderdividieren der europäischen Hochschulbeziehungen nennen; in allen Bereichen war dieses Auseinanderdividieren europäischer Kontexte das Ziel britischer Diplomatie bereits im Vorfeld des Brexit-Referendums, nachweislich seit 2010.

Die Herauslösung Englands

Die entscheidende Folge des Brexits ist doch, dass sich insbesondere England – mit den anderen Landesteilen des noch Vereinigten Königreichs verhält es sich nach wie vor anders, wenn es nach ihnen ginge und nicht nach Whitehall – aus der europäischen Gesamtverantwortung herauslöst – ‚davonstiehlt‘ klänge unschöner, polemischer, wäre aber dem Sachverhalt nach genauer. Das ist nicht ohne Tradition wie nahezu alles im britischen Inselstaat. Dieser Tage las ich in einem Brief Heinrich Manns vom April 1936: „Lassen wir’s [,] England ist dabei, sich aus Europa herauszumanövrieren.“ Historischer Sachverstand lehrt uns zum einen, dass sich dies nicht mit der jetzigen Situation vergleichen lässt; zum

AUTOR



Professor **Rüdiger Görner** ist Director of the Centre for Anglo-German Cultural Relations & Chair of German Director of Graduate Studies in the School of Languages, Linguistics and Film Queen Mary University of London.

anderen aber bleibt der Kern englischen Bewusstseins über die Zeiten die Illusionspolitik einer mehr oder weniger „splendid isolation“. Die Selbstisolierung von Europa soll zu einem rhetorisch bereits aufbereiteten ‚global Britain‘ führen, eine post-imperiale Fantasie, die bizarrer schwer denkbar ist. Erfahrungsgrundsatz ist des Weiteren, dass Britannien selten planvoll vorgeht und vorzugsweise erst in letzter Krisenminute agiert. Wie gesagt, eine wichtige Ausnahme von dieser Regel waren die durchaus systematisch unternommenen Entkoppelungsversuche von der Europäischen Union, die sich nicht zuletzt durch die unausgesetzte Serie von Sonderbestimmungen und *opting out clauses* manifestierten, mit denen sich Britannien seit dem Regiment Margret Thatchers vom europäischen Konsens absetzte.

Erinnern wir uns: Im Bereich der europäischen Hochschulpolitik fielen dergleichen Absetzbewegungen weniger auf, zumal durch das Bologna-System das englische BA-Modell – allen inhaltlichen Qualitätsverlusten zum Trotz – EU-weit übernommen wurde, sieht man von den einjährigen Master-Programmen ab, die in UK aus rein ökonomischen Gründen beibehalten wurden. Man spekulierte auf Wettbewerbsvorteile, die zunächst auch zu Buche schlugen. Trotz überhöhter Studienge-

»Es war schlicht Perfidie, als Whitehall das Ende der Teilnahme am Erasmusprogramm verkündete.«

bühren schien ein einjähriges Masters Studium in UK aus kontinentaleuropäischer und transozeanischer Sicht zumindest von der Sache her attraktiv. Dass sich die inhaltlichen Niveaus mit zweijährigen Master-Programmen weiterhin nicht vergleichen lassen, liegt jedoch gleichfalls auf der Hand. Zu denken hätte jedoch geben sollen, dass die einstmals hervorragenden European Studies Departments auf den britischen Inseln geradezu stillschweigend ‚entsorgt‘ wurden.

Drastische Erhöhung der Studiengebühren

Pionierhaft waren die britischen Gründungen transozeanischer universitärer Niederlassungen, namentlich in China. Die Nottingham University erwies sich hierbei als einer der zunächst erfolgrei-

chen Vorreiter. Schon bald konterte China mit der Etablierung von inzwischen mehr als umstrittenen Konfuzius-Instituten in diversen britischen Hochschulen. An eine europäische Koordinierung dieser außereuropäischen Niederlassungspolitik dürften die Planungszentren der britischen Universitäten nicht einmal gedacht haben.

Auch die drastische Erhöhung der Studiengebühren in England, der Streichung öffentlicher Mittel für die universitäre Lehre geschuldet, lief den Entwicklungen in der Europäischen Union zuwider. Inzwischen stehen die englischen Universitäten vor der Situation, dass die Forschungsmittel für die Geisteswissenschaften nach dem Willen des Erziehungsministeriums um desaströse 40 Prozent gekürzt werden sollen. Um das auch nur annähernd aufzufangen, müssten die Studiengebühren für geisteswissenschaftliche Programme exponentiell angehoben werden, was illusorisch ist. Entsprechend sind Kooperationsabkommen – englischerseits meist ein verbrämendes Wort für Finanzierung durch ausländische Partner – für die Geisteswissenschaften in England überlebenswichtig geworden.

Wohin führt der Weg hochschulpolitisch?

Wo also stehen wir mit unseren zwangsbilateralen universitären Kooperationskontexten in Britannien und Deutschland? Seit inzwischen Jahren fragen wir uns, wohin der Brexit gerade in hochschulpolitischer Hinsicht führen wird. Es war mehr als Wortbruch und schlicht Perfidie, als Whitehall das Ende der Teilnahme am Erasmusprogramm verkündete. Nahezu gleichzeitig wurde dort das Wort „Brexit“ zum Unwort erklärt nach dem Motto: Eine Sache, die keinen Namen mehr hat, gibt es nicht mehr. (Vergessen wir aber auch nicht: Zu Zeiten des bundesdeutschen Radikalenerlasses in den frühen siebziger Jahren konnte das Pfeifen der ‚Internationalen‘ auf bestimmten amtlichen Korridoren zur Amtsenthebung führen!)

Mit der Aufkündigung von Erasmus, der Visum-bedingten Erschwerung bei der Einstellung nicht-britischer universitärer Lehrkräfte – vergleichbar mit der Lage in den britischen Sozialdiensten, die von der Abwanderung des nicht-britischen Personals erheblich be-

KLEINE FÄCHERKUNDE



Foto: Jon Duschleita/Engadiner Post

Werner Bätzing ist Leiter des Archivs für integrative Alpenforschung in Bamberg und em. Professor am Institut für Geographie der Friedrich-Alexander-Universität (FAU) Erlangen-Nürnberg.

Was erforschen Sie?

Die sommerliche Nutzung der hochgelegenen Weideflächen in den Alpen und anderen Gebirgen, die Jahrtausende alt ist, wird Alm- oder Alpwirtschaft genannt. Seit 1860 beschäftigen sich die Agrarwissenschaftler mit ihr, um ihren Ertrag zu verbessern, seit 1900 analysiert die Geographie den Umweltbezug dieses dreidimensionalen Nutzungssystems, dann untersucht die Volkskunde/Ethnologie die traditionellen Lebensformen der Almwirtschaft, und daneben sind die Rechtswissenschaften wichtig, weil die Umwandlung der traditionellen Rechtsformen (oft „Gemeingüter“ oder „commons“) in modernes Recht viele Probleme aufwirft. Diese vier disziplinären Ansätze haben jedoch bis heute zu keiner interdisziplinär ausgerichteten Alm- und Alpwirtschaftsforschung geführt.

Was fasziniert Sie daran?

Die traditionelle Alm- und Alpwirtschaft ist durch komplizierte Nutzungsformen geprägt, die ein langes Erfahrungswissen im Umgang mit Natur repräsentieren. Es ist faszinierend, dieses mit modernen wissenschaftlichen Konzeptionen zu entschlüsseln, denn darin sind wichtige Erfahrungen für eine zukünftige nachhaltige Landnutzung enthalten.

Für wen ist das wichtig?

Die Alm- und Alpwirtschaft führte lange Zeit eher ein Schattendasein. Seit knapp zehn Jahren werden jedoch ihre Traditionen und Leistungen als immaterielles UNESCO-Kulturerbe ausgezeichnet und finden dadurch das Interesse einer breiten Öffentlichkeit, was teilweise zu gezielten Aufwertungen führt.

Sie müssen auf Englisch schreiben oder vortragen? Sie fragen sich, wie deutsche Wendungen, z.B. „aus Platzgründen muss ... ausgeklammert werden“ oder „...sei zunächst angemerkt, dass ...“ korrekt und geschliffen ins Englische übertragen werden?

Oder Sie suchen nach Formulierungsalternativen? Das **„Wörterbuch der allgemeinen Wissenschaftssprache / Wörter, Wendungen und Mustertexte“** von Dirk Siepmann bietet Ihnen in komprimierter Form zahlreiche griffige und direkt umsetzbare Beispiele.



Gebundene Ausgabe, 352 Seiten, 34,90 Euro (D) inkl. Porto, für DHV-Mitglieder zum Sonderpreis von 29,90 Euro inkl. Porto. **Zu bestellen über:** Deutscher Hochschulverband, Rheinallee 18-20, 53173 Bonn, Tel. 0228 9026666, Fax 0228 9026680 oder per Mail: dhv@hochschulverband.de

Dirk Siepmann ist Professor für Fachdidaktik des Englischen an der Universität Osnabrück. Er verfügt über eine jahrzehntelange Erfahrung in Fremdsprachendidaktik, Übersetzungswissenschaft und Lexikographie.

troffen sind –, legte die britische Verwaltung die Axt an das Prinzip der Freizügigkeit, gerade im akademischen Austausch. Anders als im künstlerischen Darstellungsgewerbe, wo in den letzten Wochen Erleichterungen beschlossen worden sind, hat sich im universitären Bereich daran nichts geändert.

Das Erasmus in Britannien ersetzende Turing-System führt vor allem dazu, dass kontinuierliche Planung von Austausch auf studentischer Ebene und damit ein Kernstück jeglicher universitären Kooperation nicht mehr möglich ist. Denn die Universitäten müssen nun jedes Jahr Bewerbungen für Turing-Förderung einreichen, deren Bewilligung jeweils offen ist. Hinzu kommt, dass Turing keine Finanzierung von Gaststudenten und Gastdozenten in Britannien anbietet. Wiederum gilt: Zur Kasse werden die Anderen gebeten. Von Wechselseitigkeit kann keine Rede mehr sein. Es gehört zu den erstaunlichen Entwicklungen in diesem Zusammenhang, dass die Republik Irland sich inzwischen bereiterklärt hat, für die Kosten von Erasmus Plus, die für nordirische Studenten entstehen, zu übernehmen, damit diese auch weiterhin am Erasmus-Programm teilnehmen können. Ein buchstäbliches Armutszeugnis für die britische Regierung.

Dass sich vor allem England aus dem europäischen Hochschulraum verabschiedet hat, ist allein schon dadurch erkennbar, dass Studierende aus EU-Staaten ein kostspieliges Visum abverlangt wird. Auf der Ebene der Dozentschaft kommt hinzu, dass mehr und mehr die Tendenz vorherrscht, Qualifikationen und Publikationen, die außerhalb der Anglophonie erworben wurden, beziehungsweise erfolgt sind, als geringerwertig einzustufen, was vor allem im Rahmen von Beförderungen unerfreuliche, bis peinliche Auswirkungen haben kann.

Was bleibt zu tun?

Was nun lässt sich sinnvoll erreichen? Was bleibt zu tun? Es wäre darauf zu achten, dass bei Abkommen mit britischen Universitäten die Multilateralität erhalten bleibt und das heißt, dass nicht-deutsche und nicht-britische Hochschulen nach Möglichkeit jeweils in die entsprechenden Rahmenabkommen aufgenommen werden. Eine entsprechende Freizügigkeit für die Studenten- und Dozentschaft wäre zu gewährleisten, insbesondere die Aufhebung der Visa-Zumutungen für akade-

misch motivierte Aufenthalte in Britannien. Zu fordern wäre die Wiedereinrichtung von Studiengängen in Europaistik an den britischen Hochschulen, die Kooperationspartner bleiben oder werden wollen. Mangelnde Europa-Kompetenz war bekanntlich ein Hauptgrund für den Ausgang des Brexit-Referendums. Es bleibt immerhin ein Faktum, dass nahezu die Hälfte der Briten dem Brexit weiter skeptisch gegenüberstehen. Ihrer intellektuellen Unterversorgung mit Studienmöglichkeiten in Europa ist unbedingt entgegenzuwirken, was gleichfalls für die dringend gebotene Unterstützung der europäischen Neuphilologien besonders in England gilt.

Einen britisch-deutschen Forschungsrat gründen

Ein Land, dessen Universitäten sich als erste den stolzen Begriff *knowledge production* prunkend auf die Fahnen geschrieben haben, hat im Bereich der Europakunde kläglich versagt. Es ist dringend an der Zeit, dem entgegenzuwirken, mit einem dichten Netz von Kooperationen, die sich mit britisch-deutschen Arrangements nicht begnügen dürfen, auch wenn sie in diesem Prozess federführend sein können.

Doch sollten wir auch institutionell weiterdenken und da uns der Brexit offenkundig zur Bilateralität verurteilt hat – einem mehr als problematischen Relikt aus der Kabinettsdiplomatie voriger Jahrhunderte, dann sollten wir inhaltlich-kulturell weithin sichtbare Akzente setzen – etwa in Richtung der Etablierung eines paritätisch besetzten britisch-deutschen Forschungsrats als Teil einer zu gründenden Britisch-deutschen Akademie der Wissenschaften und Künste.